

Politisches Bürgertum in Deutschland 1857-1868. Nationale Organisationen und Eliten [Andreas Bifang]

Autor(en): **Troxler, Walter**

Objekttyp: **BookReview**

Zeitschrift: **Schweizerische Zeitschrift für Geschichte = Revue suisse d'histoire = Rivista storica svizzera**

Band (Jahr): **45 (1995)**

Heft 2

PDF erstellt am: **11.07.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

pays voisins, le savoir-faire ferroviaire constitua un formidable stock de connaissances et d'expériences dont beaucoup d'autres entreprises purent profiter.

Laurent Tissot, Lausanne

Andreas Bifang: Politisches Bürgertum in Deutschland 1857–1868. Nationale Organisationen und Eliten. Düsseldorf, Droste-Verlag 1994. 511 S., Abb. (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien 102).

Das politische Bürgertum in Deutschland und dessen Organisationen und Eliten ist in der vorliegenden Dissertation auf die liberale Richtung beschränkt. Die liberal ausgerichtete Elite war es, die nach der misslungenen Revolution von 1848 und der nachfolgenden reaktionären Zeit Deutschlands «Vielstaaterei» ein Ende zu bereiten versuchte. Das Ziel war ein nationaler deutscher Bundesstaat mit einer Zentralregierung unter preussischer Führung. Damit ist auch gegeben, dass sich die Organisationen in Preussen und in Norddeutschland gebildet haben und erst in einer späteren Phase den Versuch unternahmen, sich im Süden und Westen zu etablieren.

Als erster Verein mit politischen Ansprüchen auf nationaler Ebene wurde der Kongress der Volkswirte gegründet, der sich mit der Liberalisierung des Handels – das heisst der Vereinheitlichung der Bedingungen in Deutschland – sowie mit dem anstehenden Handelsvertrag mit Frankreich befasste. Dies bedeutete eine Reform des Zollvereines, der in diesen Kreisen grossen Stellenwert genoss und schon bald darauf hinauslief, Österreich auszuschliessen, um selber möglichst bald bessere Handelsbedingungen zu haben. Mit einer ähnlichen Stossrichtung wurde 1861 der deutsche Handelstag ins Leben gerufen, der insofern eine Sonderstellung einnahm, weil er mit den Handelskammern quasi eine offizielle Institution in das Ringen um die Nationsbildung eingebracht hat. Diese nahe Stellung zu den Regierungen der einzelnen Länder erhöhte die Bedeutung dieses wenig homogenen und oft zerstrittenen Vereins. Der Deutsche Abgeordnetentag bildete sich als politisches Forum, in welchem vor allem die «deutsche Frage» diskutiert wurde. In ihm waren recht lange auch konservative und grossdeutsche Politiker vertreten, die jedoch mit ihren Ideen nicht durchdringen konnten und resignierten, als die (deutsch-) österreichischen Abgeordneten offiziell ausgeschlossen wurden.

Der wichtigste – am umfassendsten dargestellt – war der 1859 gegründete Deutsche Nationalverein. Seine Stossrichtung war nach dem Programm eindeutig die Einigung Deutschlands unter einer starken Zentralregierung mit einer deutschen Nationalversammlung. Dass Preussen die Führungsrolle zufalle, war nicht offiziell, aber selbstverständlich. Hingegen offen blieb die Frage des Wahlrechtes und die Lösung des Dualismus Österreich–Preussen. In der Wehrpolitik wurde die Zusammenarbeit mit den ebenfalls national organisierten Turn- und Schützenvereinen gesucht, um die Basis so breit als möglich zu gestalten. Auf lokaler Ebene entstanden Fortschrittsparteien, die sich um die gleichen Ziele bemühten und soweit als möglich von der Vereinsspitze koordiniert wurden. Die Krise des Vereins begann 1863 als zuerst der österreichische Bundesreformvorschlag abgelehnt wurde, was viele Süddeutsche abspenstig machte. Diese zentrifugale Bewegung wurde durch die Schleswig-Holstein-Krise verschärft. Mit dem Ministerium Bismarck in Preussen wurde der Nationalverein in die Defensive gedrängt. Er konnte keine Fortschritte mehr aufweisen, was seinen Ruf in der allgemein antipreussischen Stimmung noch verschlechterte. Mit der Lösung der deutschen Frage im Sinne Bismarcks war auch das Ende des Vereins besiegelt.

Alle Vereine hatten eine dreigliedrige Organisation: Mitglieder- oder Delegiertenversammlung, Ausschuss und Präsidium und ermöglichten eine demokratische Meinungsbildung im kleinen. Es ist nicht erstaunlich, dass die personelle Verflechtung der Vereine gross war und somit eine Art nationale Elite definierte, wobei das akademische, protestantische aus Norddeutschland stammende Bürgertum überwog. Diese gründliche Studie über das liberale politische Bürgertum in Deutschland muss die Frage offen lassen, was das restliche Bürgertum von Politik hielt! Einmal mehr sind es Minderheiten, die erst später einer Erforschung als würdig erachtet werden.

Walter Troxler, Courtaman

Gert Zang: Konstanz in der Grossherzoglichen Zeit. Aufschwung im Kaiserreich. Konstanz, Verlagsgesellschaft Stadler, 1993. 336 S., 194 Abbildungen.

Stadtgeschichten, seit Jahrzehnten beliebte Themen der regionalen Geschichtsschreibung, sind heikle Unterfangen. Wo liegt ihr Akzent? Auf der Rechts- und Verfassungsgeschichte, bei den politischen, wirtschaftlichen oder sozialen Verhältnissen oder gar in Erscheinungsformen einer städtischen Kultur? Das Beispiel *Konstanz* zeigt einzelne Möglichkeiten: ein unterhaltendes Volksbuch von Joseph Laible, die «Geschichte der Stadt Konstanz und ihrer nächsten Umgebung» vom Jahre 1896; eine «Konstanzer Stadtgeschichte im Überblick» von Professor Helmut Maurer, Stadtarchivdirektor, der wohl auch den Anstoss zur neuesten mehrbändigen Stadtgeschichte gab, von der die Bände I, II, III und V erschienen sind.

Zur Besprechung liegt Band IV 2 vor, den Gert Zang verfasst hat. Der Autor ist kein Unbekannter; er war in den späten siebziger Jahren – nach Untersuchungen über die Auseinandersetzung um die Stiftungsverwaltung in Konstanz 1830–1870 und deren Bedeutung für die ökonomische und gesellschaftliche Entwicklung der lokalen Gesellschaft (erschienen Konstanz 1977) sowie über das Scheitern der Kreisselbstverwaltung 1865–1878 (in: *Provinzialisierung einer Region*, Frankfurt a. M. 1978) – hervorgetreten mit der Forderung nach vermehrter Anwendung einer kritischen Regionalgeschichtsschreibung. Zang hatte sich wegweisend für Oral History eingesetzt, nachher der Arbeitergeschichte einer Randregion – Singen am Hohentwiel – zugewandt und nach weiteren Proben einer engagierten Forschungsarbeit den Auftrag übernommen, die Stadtgeschichte von Konstanz der Jahre 1870 bis 1914 darzulegen.

Als Quelle diente ihm vor allem die Presse, im besondern die «Konstanzer Zeitung». In ihren Bänden erkannte der Bearbeiter die ihn interessierenden «Geschichten», die er als Ausdruck des Zeitgeistes und des pulsierenden Lebens aufnahm. Zang ist mehr Soziologe und Kompilator als gestaltender Historiker. Daher interessieren ihn Vorgänge im Alltag, im gesellschaftlichen Leben mehr als die Zeichen einer grossen Entwicklung. Seine Vorliebe gilt sowohl der Arbeiter- wie der Frauen- und Judenfrage, während andere Bereiche weniger ausgedeutet werden. In der breiten, sorgfältig gedruckten und zum Teil ausgezeichnet illustrierten Darstellung werden wesentliche und weniger signifikante Einzelheiten aneinandergereiht, wobei die selben Themen mehrfach vorkommen. Was überrascht, ist die Gliederung des gewaltigen Stoffes: Massgebend sind die Amtsperioden der drei Oberbürgermeister dieser Zeit, die nach Ansicht des Verfassers mit den Einschnitten der Konstanzer Stadtgeschichte übereinstimmen sollen. Andere Möglichkeiten, etwa die Gemeindestruktur, die demographische Entwicklung, die wirtschaftlichen Umschichtungen u. a. m. wurden als weniger geeignet angesehen.